

<https://www.inside-digital.de/news/neue-steuer-kommt-so-teuer-wird-der-supermarkt-einkauf-2024> 26.12.2023

Plastiksteuer greift ab 1. Januar: So teuer wird der Einkauf im Supermarkt 2024

Wer dachte, 2024 wird alles wieder etwas günstiger, der hat sich geirrt. Die Bundesregierung führt zum 1. Januar eine neue Steuer ein, die die Preise weiter steigen lässt. Vor allem im Supermarkt müssen die Deutschen 2024 tiefer in die Tasche greifen.

Die Bundesregierung lässt sich immer wieder etwas Neues einfallen, um ihr Geldproblem zu lösen. Geplant sind bereits Kürzungen beim Bürgergeld und bei den Strompreis-Subventionen. Somit dürften Empfänger von Bürgergeld bald weniger im Geldbeutel haben und zugleich mit höheren Strompreisen rechnen. Doch das ist noch längst nicht alles. Denn: Am 1. Januar wird eine neue Steuer eingeführt. Das wird zur Folge haben, dass die Preise weiter steigen und viele Dinge erneut teurer werden.

Steuer auf alles?

Nach dem Beschluss der Regierung hielt sich Bundeskanzler Olaf Scholz mit Details zunächst zurück. Doch kurz darauf bestätigte

Regierungssprecher Steffen Hebestreit: 2024 kommt die Plastiksteuer.

Der Regierungssprecher erklärte, dass der Bund die jährliche Plastikabgabe von 1,4 Milliarden Euro, die er an die EU zahlt, in Zukunft von den Unternehmen einfordern will, die Plastik in Umlauf bringen. Das bedeutet: Die Regierung ist nicht mehr bereit, die 1,4 Milliarden Euro jährlich für EU-Plastikabgabe, die 2021 eingeführt wurde, aus der eigenen Tasche zu zahlen. Stattdessen bittet man die Hersteller zur Kasse, die die Steuer zahlen sollen.

Und diese dürften die Kosten aller Voraussicht nach an die Verbraucher weiter geben. Heißt: Alles, was im Supermarkt in Plastik verpackt ist, wird teurer. Ob Getränke in PET-Flaschen, Zahnpasta oder in Kunststoff eingeschweißte [Lebensmittel](#): Die neue Steuer wird dazu führen, dass sich nahezu alles, was in Plastik ausgeliefert wird, verteuert. Für jedes

Kilogramm Verpackungsmüll, der nicht recycelt werden kann, werden 80 Cent fällig, berichtet etwa der [Merkur](#).

<https://www.agrarheute.com/politik/bauernprotesten-generalstreik-gegen-ampel-614787> 27.12.2023

Wird aus den Bauernprotesten ein Generalstreik gegen die Ampel?

Die Aktionswoche der Landwirte wird von Brummi-Fahrern unterstützt. Zusammen mit dem Bahnstreik droht ein Mega-Chaos.

Im Januar droht Deutschland ein Verkehrskollaps. Landwirte, Lkw-Fahrer und die Bahn werden gleichzeitig den Verkehr zum Erliegen bringen.

Die Landwirte planen ab dem 8. Januar eine breit angelegte Aktionswoche gegen die Sparpläne der Ampel-Koalition beim [Agrardiesel](#) und der [KfZ-Steuer](#) inklusive Großdemo in [Berlin](#).

Die Lkw-Fahrer wollen sich an dem [Protest](#) mit Aktionen in den Landeshauptstädten beteiligen. Dirk Engelhardt, der Präsident des Bundesverbands Güterverkehr und Logistik (BGL), sagte der BILD-Zeitung: Die Spediteure wollten „der Ampelregierung zeigen, was sie von ihrer wirtschaftsfeindlichen Politik halten“.

Parallel dazu hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) neue Bahnstreiks angekündigt. Erwächst aus dem Bauernprotest ein Generalstreik gegen die Politik der Ampel?

Dritte Januarwoche wird für die Landwirtschaft entscheidend

Der Deutsche Bauernverband (DBV) ruft gemeinsam mit den Landesbauernverbänden und LsV-Deutschland ab dem 8. Januar 2024 zu einer Aktionswoche auf. Der Protest richtet sich konkret gegen die von den Koalitionsspitzen beschlossene [Streichung des Agrardiesels und der KfZ-Steuerbefreiung](#) für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge. Die Aktionen sollen an vielen Orten in Deutschland stattfinden.

Am 15. Januar ist eine Großdemonstration in Berlin geplant. Denn in der dritten Januarwoche wird die Entscheidung im Haushaltsausschuss des Bundestages über den Bundeshaushalt 2024 erwartet. Außerdem steht die traditionelle Agrardebatte im Bundestag auf der Tagesordnung und die Internationale Grüne Woche (IGW) wird eröffnet.

Bauernverband will keine Kompromisse akzeptieren
DBV-Präsident Rukwied kündigte an, wenn die Ampel ihre Steuererhöhungspläne nicht zurücknehme „dann werden wir ab 8. Januar überall präsent sein in einer Art und Weise, wie es das Land noch nicht erlebt hat“.

Damit machte er erneut deutlich, dass sich der Verband nicht mit Teillösungen zufriedengeben will. Weder die vorgesehene Streichung der Agrardieselvegünstigung noch die Aufhebung der Kfz-Steuerbefreiung sind für den Bauernverband akzeptabel.

Offenbar ist der DBV nicht gewillt, Kompromisse hinzunehmen, über die gegenwärtig diskutiert wird. Dazu zählt, nur eine der beiden Beihilfen zu streichen und an der anderen festzuhalten, oder auch eine Deckelung der Agrardieselrückvergütung.